

# Die systematische Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise

Franz Groll, Autor des Buches „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“

## Vorwort

Losgelöst von den mittel- und längerfristigen Erfordernissen für eine Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung, möchte ich in diesem Aufsatz einen möglichst kurzfristig wirksamen Weg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise aufzeigen. Die weitergehenden Veränderungen zur Erzielung einer stabilen und zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, habe ich in meinem Buch „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“ beschrieben.

In meinem Berufsleben als Ingenieur in der Produktion von Computerhardware habe ich die Erfahrung gemacht, dass ein Problem nur dann dauerhaft zu lösen war, wenn nicht nur die Symptome eines Problems behoben oder kompensiert wurden, sondern wenn eine intensive Fehleranalyse vorausging und die wirklichen Ursachen des Problems beseitigt wurden. Die Berücksichtigung dieser Erfahrung wird auch bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise hilfreich sein.

## Die Politik, die zur Finanz- und Wirtschaftskrise führte

Eine Volkswirtschaft kann nur dann optimal und störungsfrei funktionieren, wenn sich Konsum und Investitionen, den Erfordernissen der jeweiligen Situation entsprechend, gleichgewichtig entwickeln. (Unter den nun globalisierten Finanz- und Warenmärkten gilt das auch für die gesamte Weltwirtschaft.)

Die Balance zwischen Konsum und Investition kann und muss sich verschieben, je nachdem ob die Einführung einer neuen Technologie vorübergehend hohe Investitionen erfordert (z.B. Bau des Eisenbahnnetzes) oder ob sich die Wirtschaft in einer Phase mit nur geringen technischen Neuerungen befindet. Eine ganz neue Situation steht uns bevor: **Der Klimawandel wird uns zu einer außergewöhnlichen Anstrengung mit umfangreichen Investitionen in neue Technologien zwingen** - zur hoffentlich noch rechtzeitigen Verlangsamung des Klimawandels.

Die neoliberale Lehrmeinung berücksichtigte diese erforderliche Balance nicht. Sie vermittelte die Überzeugung, dass sich eine Volkswirtschaft immer dann optimal entwickelt (wächst), wenn die Unternehmen möglichst hohe Gewinne machen und dadurch viel Eigenkapital für Investitionen haben; dadurch würden viele neue Arbeitsplätze entstehen. Dieser Effekt könne und müsse durch Steuersenkungen für Unternehmen und Kapitalbesitzer noch verstärkt werden.

Diese Politik zur einseitigen Förderung der Gewinne führte in immer kürzeren Abständen zu Krisen. Der entscheidende Faktor war das starke Anwachsen der Geldvermögen, das nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten suchte. Dies bewirkte z.B. das starke Ansteigen der Aktienindices, (Abb. 1), es führte zur extremen Verschuldung der privaten Haushalte in den USA (Abb. 2) und zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Der Aufschwung der Jahre 2005 bis 2007, der von Minister a. D. Michael Glos als das neue Wirtschaftswunder bezeichnet wurde, war eine Folge der Verschuldung der privaten Haushalte in den USA. Ihre Investitionen in neue Häuser und Wohnungen und ihr auf Pump finanzierter Konsum waren

über mehrere Jahre hinweg der Konjunkturmotor der Weltwirtschaft. Dieser Konsum war aber nur durch einen ständigen Kapitalzufluss aus der ganzen Welt in Höhe von etwa 700 Mrd. \$ pro Jahr möglich, der vor allem von den Ausfuhrüberschussländern China, Deutschland, Japan und den Ölförderstaaten gespeist wurde.

Abb. 1

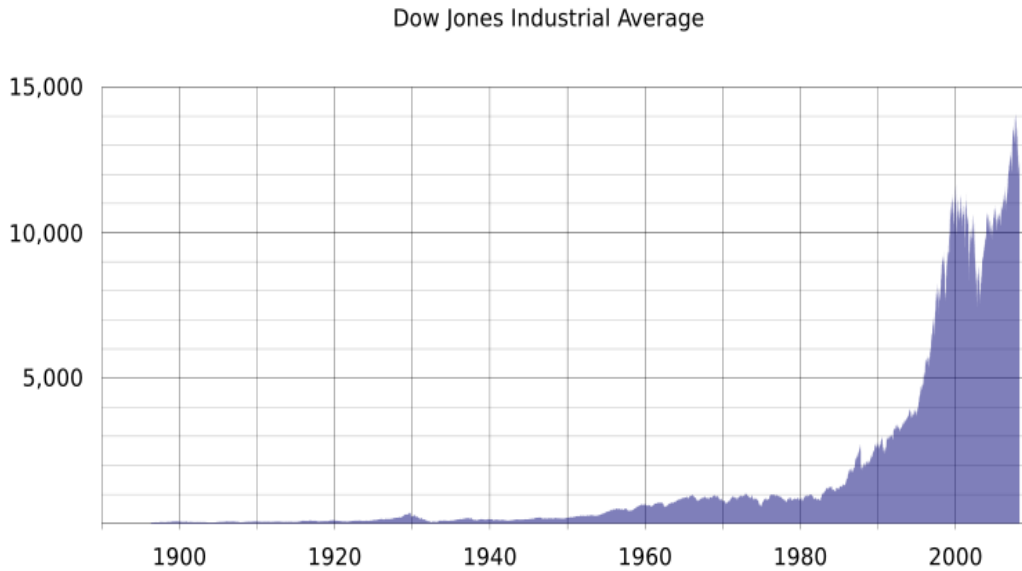
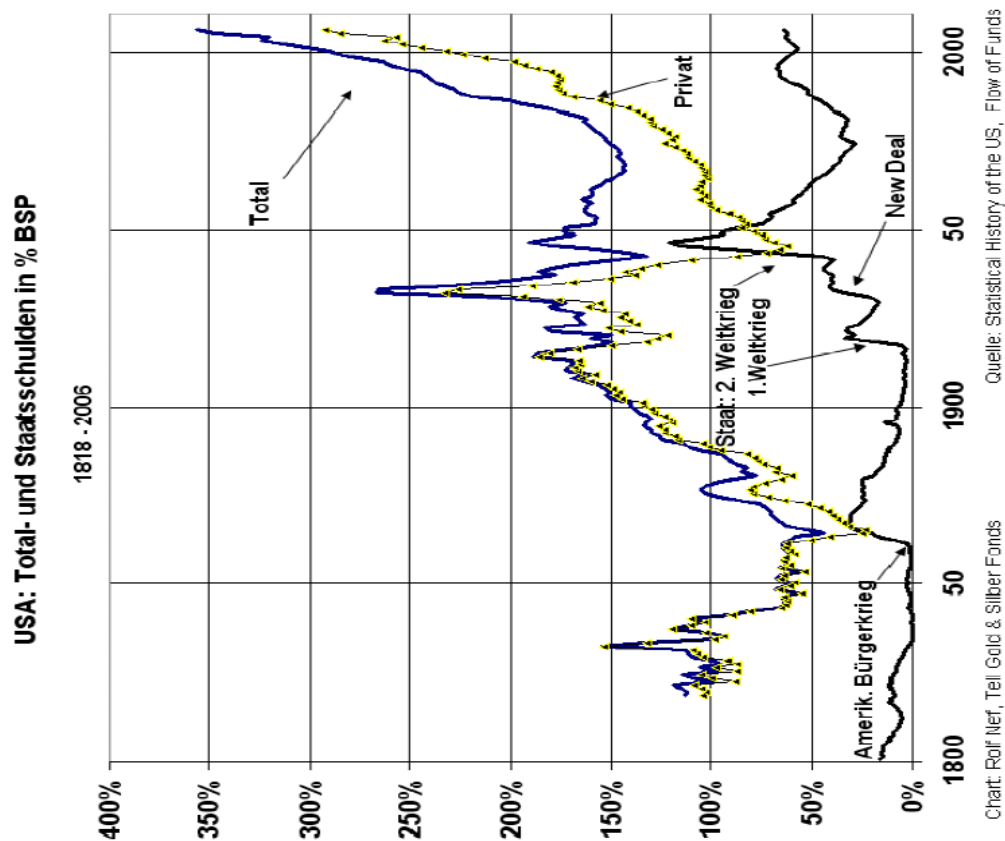


Abb. 2



Die USA exportierten in erster Linie Schulden, die zu „Wertpapieren“ (s.g. Asset Backed Securities, ABS, Asset Backed Commercial Paper, ABCP oder Collateralized Debt Obligations, CDO) verpackt und an ausländische Banken und Fonds verkauft wurden. Da die Kreditnehmer zu einem großen Teil (es können etwa 40 % sein) nicht in der Lage sind, jemals Zins und Tilgung für ihre Kredite zu bezahlen, sind diese Wertpapiere nun wertlos. (Die Kreditnehmer wurden mit dem Argument zur Kreditaufnahme überredet, dass ihr Haus von Jahr zu Jahr an Wert zunehme und sie mit dieser Wertsteigerung Zins und Tilgung begleichen könnten.) Der IWF schätzte die erforderliche Abschreibung auf 2000 Mrd. \$, neuere Ermittlungen haben ergeben, dass es auch bis zu 4000 Mrd. \$ sein können. Diese Schuldenpolitik konnte auch deshalb nicht gut gehen, weil die Volkswirtschaft der USA nicht in der Lage ist, diese Schulden zurückzubezahlen, denn ihre Wirtschaft ist nur noch in wenigen Branchen konkurrenzfähig. Dies ist auch der Grund für das chronische Handelsbilanzdefizit, das jetzt durch den Konsumeinbruch zwar geringer wird, die USA werden aber für lange Zeit keine aktive Handelsbilanz erreichen können, was die Voraussetzung wäre, dass die USA die über Jahrzehnte hinweg aufgenommenen Kredite aus eigener Kraft zurückbezahlen können. Sie würden dann die Leistungen, die sie in den letzten Jahren geliehen bekamen, wieder zurückerstatten.

Fazit:

- Die Überliquidität an den Finanzmärkten und das sehr hohe Leistungsbilanzdefizit der USA sind die Auslöser der Krise; beide Fehlentwicklungen müssen abgebaut werden.
- Die Rückzahlung der von den privaten Haushalten der USA aufgenommenen Kredite, wird zu einem großen Teil nie erfolgen, diese Kredite sind abzuschreiben.
- Den Konjunkturmotor USA gibt es auf absehbare Zeit nicht mehr. Es ist sogar davon auszugehen, dass die USA nur durch Handelsbeschränkungen aus ihrem Handelsbilanzdefizit herauskommen. Das bedeutet, dass ausländische Firmen nur durch eine verstärkte Produktion in den USA im Geschäft bleiben können. Die Folge ist ein Abbau von Arbeitsplätzen in den Heimatstandorten.

## **Eine unangenehme Wahrheit**

Aufgrund der Schätzungen des IWF über die zu erwartenden Verluste bei den ABS-, ABCP und CDO-Wertpapieren in Höhe von 2000 Mrd. \$ wird vermutet, dass in Deutschland etwa 300 bis 400 Mrd. € verloren sein werden.

Dieses Kapital, das den zahlungsunfähigen privaten Haushalten der USA als Kredit überlassen und für den Kauf überteuerter Häuser oder für den Konsum verwendet wurde und deshalb unwiederbringlich verloren ist, wurde in den zurückliegenden Jahren von allen Beschäftigten in Deutschland erwirtschaftet und nicht in Deutschland für Konsumzwecke verbraucht (freiwilliger und/oder verordneter Wohlstandsverzicht) und auch nicht für eigene dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen verwendet, sondern man hat das Geld anderen überlassen, damit sie unsere Überschussproduktion abkaufen konnten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass durch die drastischen Steuersenkungen für Unternehmen, Gutverdienende und Vermögende in den letzten 7 Jahren etwa 400 Mrd. € weniger an Steuern eingenommen wurden. Dies entspricht in etwa dem Betrag, der jetzt verloren sein wird.

Im Normalfall würden die amerikanischen Kreditnehmer den Kredit und die dazu fälligen Zinsen, was der größere Teil der Zahlungen ist, im Laufe von 30 Jahren zurückbezahlen. Da dies nun aber nicht stattfinden wird, gibt es mehrere Möglichkeiten zur Kompensation der Verluste. Hier werden 5 Ansätze aufgeführt und bewertet:

1. Die Banken, die diese eklatante Fehlleistung vollbracht haben, müssen für den Schaden einstehen. Sie haften mit dem Eigenkapital und müssen im Bedarfsfall nach weiteren Kapitalgebern suchen, die die Bank retten.

Auswirkungen: Das Kapital, das zur Deckung der Verluste verwendet wird, fehlt für andere Investitionen, bzw. muss wieder an den Investor zurückbezahlt werden. Es muss also wieder durch zusätzliche Leistungen und/oder Verzicht auf Wohlstand neu erwirtschaftet werden.

2. Die Banken, die von der Finanzkrise betroffen sind und keinen rettenden Investor finden, gehen in die Insolvenz, dann muss der Einlagensicherungsfonds einspringen und die Banken werden von anderen Banken oder vom Staat übernommen.

Auswirkungen: Das Kapital, das vom Bankensicherungsfonds eingebracht wird, muss von allen Banken und damit von der gesamten Volkswirtschaft aufgebracht werden. Auch in diesem Fall sind zusätzliche Leistungen und/oder Wohlstandsverzicht erforderlich.

3. Der Staat sichert die Banken durch öffentliche Gelder (Steuern und Kredite) ab, wie das von der Bundesregierung mit dem Bankensicherungsfonds gehandhabt wird.

Auswirkungen: In diesem Fall müssen **alle** Verluste durch zusätzliche Leistungen und/oder Wohlstandsminderung aufgebracht werden. Es ist die vollständige Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste.

4. Der amerikanische Weg, bei dem die Notenbank neu geschöpftes Geld zur Verfügung stellt, ist in Deutschland nicht möglich.

Die Auswirkung wäre: Eine Inflation nach der Überwindung der Rezessionsphase, da dem Geld keine entsprechende Wertschöpfung gegenübersteht. Die Inflation bewirkt einen Kaufkraftverlust der Geldvermögen und sehr wahrscheinlich der Löhne (sinkende Reallöhne) und eine reale Senkung der Schulden.

Da dieser Fall in Deutschland nicht zur Anwendung kommen kann, werden seine Auswirkungen nicht weiter erörtert.

5. Der Staat übernimmt die insolventen Banken mit allen Aktiva und Passiva und finanziert die Kosten mit einer temporären Sondersteuer auf hohe Geldvermögen. Das Geldvermögen der Deutschen beträgt etwa 4 500 Mrd. €. Wenn davon ein Drittel für kleinere Anlagen abgezogen wird, müssten die Besitzer von großen Geldvermögen etwa 10 bis 13 % ihres Besitzes, vielleicht in 3 Jahresraten, zur Finanzierung der Finanzkrise beitragen.

Auswirkungen: Die Kosten der Krise müssten von den Profiteuren der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte aufgebracht werden. Dieses Kapital würde zwar dann auch wieder für weitere Investitionen fehlen, dieses Kapital könnte jedoch bei Bedarf durch Kreditschöpfung der Notenbank, in diesem Fall dann ohne Inflationsgefahr, zur Verfügung gestellt werden.

Diese zuletzt beschriebene Lösung kann am ehesten als gerecht akzeptiert werden. Aber auch in diesem Fall bleibt der Verlust der ursprünglichen Leistung, die der Höhe des Kreditausfalls entspricht, dauerhaft bestehen, der Verlust wird nur gerechter verteilt und er muss nicht, zumindest nicht in voller Höhe, neu erwirtschaftet werden.

Hätten wir in den letzten Jahren die Überschussleistung nicht für den amerikanischen Markt erbracht, sondern die Sozialtransfers und die Löhne in den unteren Lohngruppen erhöht und mehr in die Bildung und in den Klimaschutz investiert - das sind unverzichtbare, dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen - dann wären diese Leistungen nicht verloren. Mit 400 Mrd. € hätte man z.B. fast die Hälfte des Wohnungsbestandes energetisch sanieren können.

Wir hätten damit ebenso viele Arbeitsplätze wie für den zusätzlichen Export in die USA schaffen können und wir hätten jetzt etwa 60 Millionen t weniger an CO<sub>2</sub>-Ausstoß und hätten einen geringeren Öl- und Gasimportbedarf. Diese Möglichkeit wurde vertan, weil unsere PolitikerInnen und die Wirtschaftsführer der Meinung waren, wir könnten uns diese Investitionen nicht leisten.

Der unter Punkt 5 aufgezeigte Lösungsvorschlag wird auch am schnellsten zu einer Überwindung der Unsicherheit und des Misstrauens bei den Banken führen und in der Finanzbranche zu klaren und stabilen Verhältnissen beitragen; Voraussetzung ist, dass die Pflicht zur realen Bewertung der Aktiva wieder eingeführt wird.

Mit diesem Lösungsvorschlag wird auch die vorhandene Kapitalblase, die nach Anlagemöglichkeit sucht, abgebaut. Dies ist eine unverzichtbare Maßnahme, um eine weitere Krise zu vermeiden. Mit dieser Lösung wird auch die Gefahr der Inflation gebannt, bei der auch und gerade diese KapitalbesitzerInnen ebenfalls einen erheblichen Teil ihres Besitzes verlieren werden. Die zu bevorzugende Lösung 5 ist daher für alle die beste Lösung.

## **Maßnahmen zur Vermeidung von weiteren Finanzkrisen**

### **1. Sicherstellung der Balance von Konsum und Investitionen**

Wie schon eingangs erwähnt, wurde die Balance von Konsum und Investition durch die hohen Gewinne und die Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende massiv gestört, das Kapital fand in der realen Wirtschaft nicht mehr genügend Anlagemöglichkeiten. Die Herstellung dieser Balance ist eine zwingende Voraussetzung für die Stabilisierung und Prosperität der Wirtschaft.

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Höhere Steuern auf Kapitaleinkommen
- Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Entlastung der unteren und mittleren Einkommen
- Angemessene Besteuerung der Konzerne, z.B. durch eine progressive Körperschaftssteuer
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- Anhebung der Erbschaftssteuer

Mit diesen Steuerreformen wird zum Einen den Finanzmärkten die überschüssige Liquidität entzogen und damit die eigentliche Ursache für die Krise beseitigt und der Staat bekommt wieder die erforderlichen finanziellen Mittel für die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Bildung und Klimaschutz und zum Abbau der Staatsschulden.

Zusätzlich sind die unteren Einkommen anzuheben, z.B. durch die Einführung eines Mindestlohnes, die Arbeitslosenhilfe ist wieder einzuführen und die Sozialtransfers sind deutlich zu verbessern.

### **2. Verschärfte Vorschriften für die Banken und die Finanzmärkte**

Eigentlich müsste jegliche Möglichkeit zur Spekulation unterbunden werden, etwa so, wie ich es in meinem neuen Buch vorschlage. Da dies international abgestimmt werden muss, wird diese grundlegende Veränderung kurzfristig nicht möglich sein. Deshalb werden als erste Schritte folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Die Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken
- Die Wiedereinführung der Mindestreserven der Banken

- Verbot der Hedgefonds und der Private-Equity-Fonds
- Die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer
- Die Einführung der von Prof. Spahn vorgeschlagenen Variante der Tobinsteuer
- Das Verbot von Transaktionen in und von Steueroasen
- Das generelle Verbot von Leerverkäufen
- Verbot von Derivaten und verbrieften Schuldpapieren
- Verbot der außerbilanziellen „Zweckgesellschaften“

### 3. **Runderneuerung der Weltfinanzordnung**

Ohne eine grundsätzlich neue Weltfinanzordnung ist ein Ausweg aus der Krise nicht möglich. Durch die maßlose Kreditschöpfung der US-Notenbank in Billionenhöhe werden die Leitwährung und damit die gesamte Weltfinanzordnung destabilisiert. Die Forderungen von Joseph Stiglitz und anderer namhafter Ökonomen, sowie in jüngster Zeit der Chinesen, nach der Einführung einer Leitwährung, die nicht gleichzeitig die Währung eines Nationalstaates ist, muss durchgesetzt werden.

Gleichzeitig muss der IWF gründlich erneuert werden, in dem z.B. die Stimmrechte nach demokratischen Regeln neu festgelegt werden.

## **Maßnahmen zur raschen Überwindung der Wirtschaftskrise**

Wir stecken z.Z. in einer vierfachen Krise, nämlich in der Finanz-, der Wirtschafts- und der Klimakrise, sowie in einer Vertrauenskrise in die seit 30 Jahren praktizierte neoliberale Politik. Die Überwindung der Vertrauenskrise hat die höchste Priorität, weil dies die Voraussetzung zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Das Vertrauen kann aber nur dann wieder gewonnen werden, wenn die Menschen zu der Überzeugung kommen, dass die Fehler der neoliberalen Politik *dauerhaft* beseitigt werden und der drohende Klimawandel *mit allen gebotenen Möglichkeiten* verhindert wird. Nachfolgende Maßnahmen und Kriterien sind essentiell:

1. Die oben skizzierten Maßnahmen zur Lösung der Finanzkrise und zur Vermeidung zukünftiger Krisen müssen schnellstmöglich umgesetzt werden.
2. Es muss umgehend und schnell eine Klimaschutzpolitik eingeleitet werden, die auch sozialen Kriterien gerecht wird, damit sie von allen mitgetragen werden kann.
3. Mit den Konjunkturprogrammen muss der Ausfall der amerikanischen Konsumenten kompensiert werden. Diese Kompensation sollte vor allem in Bereich der Zukunftsinvestitionen erfolgen, ganz besonders im Klimaschutz.
4. Die Maßnahmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit müssen möglichst schnell aber auch dauerhaft wirken, damit sie den Unternehmen Planungssicherheit geben; nur dann können sie investieren und Arbeitskräfte einstellen.
5. Die Konjunkturprogramme müssen so gestaltet werden, dass nicht nur der Staat investiert, sondern dass die Unternehmen und die privaten Haushalte ebenfalls in die Zukunft investieren.

Diesen Kriterien werden die Konjunkturprogramme der Regierungen nur sehr eingeschränkt gerecht.

### **Folgende konkrete Maßnahmen werden vorgeschlagen:**

#### **1. Energetische Sanierung aller bestehenden Gebäude**

Die energetische Sanierung der Gebäude kann sofort begonnen werden, alle erforderlichen Techniken und Materialien sind bekannt, erprobt und in der Produktion; es müssen nur die

Kapazitäten ausgebaut werden. Es ist auch unstrittig, dass diese Investitionen für den Klimaschutz unentbehrlich sind. Diese Maßnahme ist zur Überwindung der Wirtschafts- und der Klimakrise ideal: Sie ist schnell und dauerhaft wirksam, diese Investitionen sind in jedem Fall erforderlich und damit sicher keine Fehlinvestition und es kann auch viel privates Kapital aktiviert werden.

Damit diese Investitionen sowohl bei öffentlichen Gebäuden wie auch bei Betriebs- und Wohngebäuden im erforderlichen Umfang getätigt werden, sind einerseits neue Mindestanforderungen für die Wärmedämmwerte zu erlassen und es muss ein Fonds zur Förderung dieser Investitionen aufgelegt werden.

Die energetische Sanierung aller Altbauten wird in Deutschland ein Investitionsvolumen von über 1 000 Mrd. € erfordern. Wenn diese Investitionen innerhalb von 15 bis 20 Jahren erbracht werden, bedeutet das ein Investitionsvolumen von 60 bis 80 Mrd. € pro Jahr, das sind etwa 3 % des BIP. Für die Investitionen der öffentlichen Haushalte und für die Unterstützung der betrieblichen und privaten Investitionen wird der Fonds mit etwa 20 Mrd. € auszustatten sein.

Wenn die energetische Sanierung aller Gebäude in allen Industriestaaten gefordert und gefördert wird, dann wird der wirtschaftliche Einbruch durch den geringeren Konsum der privaten Haushalte der USA und durch den Einbruch in der Baukonjunktur weitgehend kompensiert und die Investitionsgüterbranchen erhalten neue (andere) Aufträge. Die strukturellen Probleme in der Kfz-Branche können dadurch gemildert werden, indem Arbeitskräfte aus den Kfz-Betrieben in die neue Boom-Branche „Energetische Gebäudesanierung“ wechseln.

## **2. Investitionen in erneuerbare Energien**

Den Investitionen in erneuerbare Energien kommt eine ähnliche Bedeutung zu, wie den Investitionen in die energetische Sanierung der Gebäude. Die Technologien in diesen Sektoren sind bereits auf hohem Niveau, insbesondere bei der Windenergie, aber auch in der Photovoltaik ist bereits ein guter Wirkungsgrad erreicht und bei der Wasserkraft ist die Technik längst voll ausgereift.

Es ist wichtig, verstärkt die privaten Investitionen für die Installation solcher Anlagen zu fördern. Dadurch werden betriebliche Investitionen zur Ausweitung der Produktionskapazitäten in diesen Sektoren initiiert. So werden nicht nur zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert und somit der Klimaschutz vorangetrieben. Diese Maßnahme belastet den Bundeshaushalt nicht, es muss nur über die KfW ein höheres Kreditvolumen bereitgestellt werden, zu Kreditkonditionen, die nur wenig über dem Diskontsatz liegen.

Zusätzlich müssen die öffentlichen Haushalte in die Forschung und Entwicklung zur Verbesserung der Technologien für die Gewinnung regenerativer Energien investieren. Dies ist vor allem zur beschleunigten Installation der Off-Shore-Windparks erforderlich, zur Verbesserung der Wirkungsgrade bei den Photovoltaik-Anlagen und zur Nutzung der Wellen- und Gezeitenenergie. Diese Investitionen in die Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien in einer Höhe von 2 – 3 Mrd. €/Jahr, haben zwar nur eine geringe Wirkung zur direkten Überwindung der Wirtschaftskrise, sie sind aber ein weiterer Mosaikstein in der Überwindung der Vertrauenskrise.

## **3. Investitionen in die Bildung**

Die energetische Sanierung der Schulgebäude sind keine Bildungsinvestitionen, sondern Bestandteil der oben beschriebenen Maßnahmen. Bildungsinvestitionen sind auch nicht die Instandhaltung der Schulgebäude, das sind selbstverständliche Erhaltungsinvestitionen der kommunalen Einrichtungen und müssen laufend stattfinden. Wenn es dort Defizite gibt, dann

ist das das Eingeständnis, dass in der Vergangenheit wegen der Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende nicht einmal mehr die Erhaltung der kommunalen Einrichtungen möglich war.

Bildungsinvestitionen sind auch nicht nur der Bau von neuen Kindertagesstätten, sondern vor allem die zusätzliche Anstellung von gut ausgebildeten ErzieherInnen und Lehrkräften. Diese Maßnahme ist auch völlig unabhängig von der Wirtschaftskrise erforderlich und wird für ihre Behebung nicht schnell aber dauerhaft wirken. Die dadurch entstehenden Kosten können höchstens für den Beginn mit Krediten finanziert werden, danach sind sie mit den oben beschriebenen Steuererhöhungen zu finanzieren.

#### **4. Erstellung eines integrierten Transport- und Mobilitätsplanes**

Im Verkehr werden in Deutschland jährlich 2 t CO<sub>2</sub> pro Person ausgestoßen; also so viel wie nach den Ermittlungen der Wissenschaft in 40 Jahren insgesamt pro Person ausgestoßen werden dürfen. Das bedeutet, dass auch im Verkehrswesen in Zukunft nur noch ein Bruchteil des heutigen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes akzeptabel sein wird. Es ist ein schwerwiegendes Versäumnis der Bundesregierung, dass sie bis jetzt keine Planung in Auftrag gegeben hat, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Dies ist der Grund, weshalb die Kfz-Branche noch immer Fahrzeuge entwickelt, die nicht zukunftsfähig sind. Diese Investitionen sind daher Fehlinvestitionen.

Wir benötigen ein völlig neues Verkehrs- und Transportkonzept, mit ganz neuen Fahrzeugtechnologien und neuer Infrastruktur. Das kann nicht von jedem Konzern individuell geplant werden. Hierzu bedarf es eines vom Staat initiierten Verkehrs- und Mobilitätsplanes, der durch eine Kommission erarbeitet werden muss, die aus Mitgliedern der Wirtschaft, der Wissenschaft, Spezialkräften für das Bauwesen und Infrastruktureinrichtungen und Fachkräften von Umweltverbänden besteht.

Auch diese Maßnahme führt nicht direkt zu einer Konjunkturbelebung, da ja zunächst keine großen Investitionen anstehen. Diese Planung ist aber für die Zukunft dringend erforderlich, sie ist die Voraussetzung dafür, dass die Unternehmen eigene, zukunftsfähige Investitionsplanungen erstellen können. Dies dient der Überwindung der Verunsicherung der Betriebe und der Menschen und stärkt die Zuversicht, dass die Probleme überwindbar sind.

Keinesfalls dürfen neue Straßen gebaut werden, deren Begründung auf der Annahme von zusätzlichem Verkehrsaufkommen beruhen, ebenso sind Investitionen in neue Start- und Landebahnen zu stoppen, dies sind alles Fehlinvestitionen und beschränken die Kapazitäten der Baubranche für zukunftsfähige Investitionen.

#### **5. Erstellung eines Energieversorgungsplanes**

In den 60er Jahren wurden Energieversorgungspläne erstellt, mit der Annahme, dass der Energieverbrauch jährliche um 4 bis 5 % zunehmen würde. Das war die Zeit uneingeschränkter Zukunftsgläubigkeit, die zur Planung von dutzenden von AKWs und schnellen Brütern (Kernkraftwerke, die mehr spaltbares Material erzeugen als sie verbrauchen) führte. Dass diese Planung falsch war, ist wohl unbestritten. Gut war aber, dass überhaupt geplant wurde. Heute fehlt eine konsolidierte Planung für die Sicherstellung der Energieversorgung unter Berücksichtigung der Klimaschutzanforderungen und der langfristigen Möglichkeiten. Wenn sich der Klimawandel weiter beschleunigt, womit zu rechnen ist, kann dies dazu führen, dass die Kohlekraftwerke sehr rasch abgeschaltet werden müssen und dann der Zwang zum weiteren Betrieb der AKWs oder sogar ihrer Wiederinbetriebnahme erforderlich wird, trotz der dadurch erheblichen Steigerung der Gefahrenlage.

Um dies zu vermeiden und um die richtigen Investitionen zu aktivieren, ist ein realistischer Energieversorgungsplan zu erarbeiten, der alle kommenden Veränderungen berücksichtigt und den zukünftigen Bedarf und seine Deckung ausweist, einschließlich der erforderlichen Verbrauchssteuerung zur Glättung von Verbrauchsspitzen und der Speicherkapazitäten.



Mit dieser Planung wird die Industrie in die Lage versetzt, die richtigen Investitionen zur Bereitstellung der erforderlichen Produktionskapazitäten zu tätigen. Das wird die momentane Wirtschaftskrise abkürzen, auch deshalb, weil die Menschen merken, dass endlich zukunftsfähig gedacht und geplant wird.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Die momentanen Krisen sind eine Folge der seit 30 Jahren verfolgten neoliberalen Politik, die vor allem das Ziel der Maximierung der privaten Gewinne und des Abbaus staatlicher Leistungen zum Ziel hatte. Globalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung waren die Leitbegriffe. Diese Politik führte auch in eine Entsolidarisierung in den Gesellschaften, alle sollten für sich selbst verantwortlich sein, auch wenn die Voraussetzungen dafür, z.B. durch die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen mit einer auskömmlichen Entlohnung, nicht gegeben waren. Das neoliberale Denken verhinderte auch, dass den Erkenntnissen der Klimaforscher Rechnung getragen und eine konsequente Klimaschutzpolitik eingeleitet wurde.

Der Auslöser für die nun eingetretenen Krisen ist die Überverschuldung der privaten Haushalte in den USA. Sie sind nicht mehr in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Wertpapiere, die auf diesen Krediten beruhen, sind daher unverkäuflich und wertlos und die privaten Haushalte fallen als Konjunkturmotor aus. Zur Überwindung der Wirtschafts- und der Klimakrise ist es naheliegend, verstärkt in den Klimaschutz zu investieren, um die in der Krise frei werdenden Arbeitskräfte für die Erzielung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise einzusetzen.

Die Krisen werden nur dann überwunden und dauerhaft vermeidbar sein, wenn mittelfristig unsere kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform durch eine solidarische Gesellschaft abgelöst wird, denn der Kapitalismus ist aus folgenden Gründen nicht zukunftsfähig:

1. Der Kapitalismus ist auf Wachstum angewiesen. Wirtschaftliches Wachstum wird aber aus Gründen der eingeschränkten Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen und wegen des Klimawandels nicht mehr möglich sein.
2. Dies zwingt uns massiv in die Rationalisierung des Energie- und Rohstoffverbrauchs zu investieren. Dadurch schwindet die Möglichkeit zur Investition in die Produktivitätssteigerung der Arbeit. Wachstum ist dann nur noch so lange möglich, wie noch unbeschäftigte Fach- und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Wegen des hohen Fachkräftebedarfs und der demographischen Entwicklung wird hier sehr schnell ein Engpass entstehen.
3. Der hohe Investitionsbedarf in den Ressourcen- und Klimaschutz, ohne nennenswerte Erhöhung der Arbeitsproduktivität, führt in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einer Steigerung der Kapitaleinkommen und zu einer Senkung der Reallöhne. Die Einkommensschere öffnet sich gravierend. Die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche wird verstärkt.

Aus diesen Gründen benötigen wir eine neue, eine solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die hier beschriebenen Maßnahmen sind nur der Anfang. Auch zur Erreichung des Klimaschutzzieles, mit einem Ausstoß von nur noch 2 t CO<sub>2</sub>/Person, werden wir ganz neue Lösungen benötigen; sie sind in meinem Buch „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“ im Kapitel 4 beschrieben.